



# Albanischer Einheitsstaat ohne Wirkkraft - Fernziel EU ohne innovative Schubkraft - Teil 2



Wulf Lapins/Enes Velija

MINT IMAGES / PICTUREDESK.COM

„Das Programm der Aufklärung war die Entzauberung der Welt. Sie wollte die Mythen auflösen und die Einbildung durch Wissen stürzen.“

Max Horkheimer/ Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung

Der Beitrag ist eine Fortsetzung zu „Suche und Versuchungen um nationale Groe auf dem Westbalkan - Mythen, Akteure, Implikationen“ in der MZ 3/2021 und setzt mit dieser Analyse die Problematisierung der groß- bzw. panalbanischen Denkfigur fort.

## Rolle Kosovos in der großalbanischen/panalbanischen Problematik

1963 wurde die damalige autonome Region Kosovo und Metochien in eine autonome Provinz der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien umgewandelt. Das bedeutete: „Den Albanern und den Ungarn in Jugoslawien wurde hingegen nicht der Status einer Nation zugebilligt, sondern nur der einer Nationalität. Dementsprechend wurden ihre vornehmlichen Siedlungsgebiete, Vojvodina und Kosovo, keine Republiken.“<sup>(1)</sup> 1967 bekam ihr Autonomiestatus, im Zuge der Umbenennung in Kosovo, eine Quasi-Gleichstellung mit den sechs jugoslawischen Teilrepubliken. Das besagte eine weitgehende Selbstverwaltung.<sup>(2)</sup> Belgrad vermied aus Sorge vor noch groerer Eigenständigkeit und mithin einer Annäherung an Albanien jedoch bewusst die Anerkennung als De-Jure-Republikstatus. Das wiederum löste im Kosovo ein Jahr später gewaltsame Demonstrationen aus, denn Montenegro hatte diese Rechtsstellung erhalten. Während dieser

Unruhen wurde nicht nur der Republikstatus, sondern ebenfalls erstmalig der Anschluss an Albanien gefordert.<sup>(3)</sup>

Die Proteste schwappten auch auf den westlichen Teil Mazedoniens über. Die hier beheimateten Albaner verlangten einen Zusammenschluss ihres Siedlungsgebietes mit dem Kosovo zu einer „albanischen Territorialeinheit in Jugoslawien“.<sup>(4)</sup> Die Belgrader Führung konnte dem politischen Druck der Kosovo-Albaner nicht dauerhaft standhalten und sah sich dazu gezwungen, ihnen weitere Zugeständnisse einzuräumen und die Autonomierechte zu stärken.

Kurz nach dem Tod Titos 1980 rückte erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die albanische Frage erneut ins öffentliche Bewusstsein. Die Unzufriedenheit im Kosovo 1981 kulminierte in einem Studentenaufstand. Dieser richtete sich v.a. gegen die schlechten Studienbedingungen und die Perspektivlosigkeit, die den Großteil der Studenten nach dem Abschluss des Studiums erwarten würde. Politische Forderungen mischten sich nach einigen Wochen in die Proteste, als erste Rufe nach einer Republik Kosovo innerhalb der jugoslawischen Föderation oder aber der Vereinigung mit dem albanischen Staatsgebiet lauter wurden und die Demonstrationen signifikante Zustimmung in der Mehrheit der kosovo-albanischen Bevölkerung wie auch in den albanisch besiedelten Gebieten in Nordmazedonien fanden.<sup>(5)</sup> Die jugoslawische Regierung verurteilte die Unruhen scharf und insbesondere die Vereinigungspostulate als „konterrevolutionäre Aktionen“.<sup>(6)</sup> Tirana gab den Kosovo-Albanern in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den serbischen Regierungsorganen lediglich verbale Unterstützung. Das Mutterland hatte selbst mit innenpolitischen Problemen zu kämpfen. Zudem bestanden weiterhin ja auch massive ideologische

Hemmnisse zwischen dem stalinistischen Albanien und dem „vom Revisionismus infizierten Kosovo“ fort.<sup>7)</sup>

Mit der Verfassungsänderung vom 23.3.1989 hob Belgrad unter Slobodan Milošević im Rahmen seiner innenpolitischen personalpolitischen Gleichschaltung/„antibürokratischen Revolution“ die seit 1974 geltende weitgehende Autonomie des Kosovo und der Vojvodina auf und revidierte deren Status auf den Stand der Verfassung von 1963.<sup>8)</sup> Die wachsende problematische Lage im Kosovo zog Anfang der 1990er-Jahre jedoch nur wenig internationale Aufmerksamkeit auf sich und wurde wegen der Zerfallskriege in den ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens Slowenien, Kroatien und v.a. Bosnien-Herzegowina marginalisierend behandelt und das dortige Konfliktpotenzial international bis dato als nicht so dringlich bewertet. Ungeachtet dessen, dass der kosovarische Präsident Ibrahim Rugova,<sup>9)</sup> nach Belgrader Position natürlich illegal, bereits 1992 in einem „Spiegel“-Interview vor einer serbischen militärischen Intervention gewarnt hatte,<sup>10)</sup> um dann auf die Frage seiner Prognose einer serbischen Zustimmung eines unabhängigen Kosovo programmatisch zu konstatieren: „Die Alternative dazu wäre für Serbien nicht erstrebenswert - nämlich ein permanenter Krisenherd innerhalb seiner Grenzen. Wir wären bereit, uns zum neutralen Staat zu erklären und vorerst keine Vereinigung mit Albanien einzugehen. Allerdings ist der Anschluss an Albanien, zugegebenermaßen, unser natürliches Ziel.“<sup>11)</sup>

An dieser Stelle kann der umfangreiche publizistische<sup>12)</sup> und wissenschaftliche Diskurs<sup>13)</sup> der gewaltsamen Konfliktdynamik im Kosovo bis zum finalen internationalen militärischen Einsatz hier nicht reflektiert werden. Notabene: „Die gewaltsame Austragung dieses Konflikts mit militärischen Mitteln war ein Bürgerkrieg. Weder von der Belgrader Führung noch von irgendeiner anderen Regierung wurde diese gewaltsame Endphase des Kosovokonflikts als Bürgerkrieg begriffen und beurteilt. Lediglich Strategie und Taktiken der UÇK lassen erkennen, dass sich deren Führung konsequent an die Prinzipien eines Bürgerkrieges hielt.“<sup>14)</sup> So urteilte der deutsche General Heinz Loquai als Militärberater bei der OSZE in Wien von 1995-1999.

Gleichwohl werden nachfolgend skizzenhaft einige Eckpunkte der historischen Konfliktgenese aufgeführt: Der Bosnienkrieg verdeutlichte den Kosovo-Albanern die potenziellen Konsequenzen einer serbischen gewaltsamen Eskalation auch für ihre Ethnie. Ihre zuvor vielfachen lediglich latenten Diskriminierungen, wie u.a. der Ausschluss des Zugangs zu staatlichen Ämtern, wich nun schrittweise einer offenen serbischen Suppression. Präsident Ibrahim Rugova verfolgte dennoch weiterhin unbeirrt seinen Kurs des passiven zivilen Widerstandes. Auf der von Friedrich Glasl entwickelten Stufenleiter der Konflikteskalation<sup>15)</sup> als Orientierungsmaßstab mäanderten serbische Ordnungsmacht und kosovo-albanische Gesellschaft innerhalb der ersten fünf Stufen.

Das änderte sich jedoch im Kontext des Abkommens von Dayton (Pariser Unterzeichnung am 14.12.1995). Mit ihm hatte der Westen mit der von den Serben bewohnten „Republika Srpska“ die implizite Spaltung von Bosnien und Herzegowina akzeptiert und damit den im Krieg auch

mit ethnischen Säuberungen gewaltsam geschaffenen De-facto-Status billigend in Kauf genommen.<sup>16)</sup> Der Dayton-Vertrag selbst schwieg über eine Regelung bezüglich des Kosovo und überließ den Kosovokonflikt als innere Angelegenheit der Bundesrepublik Jugoslawien. Damit hatte der Westen Milošević für die Durchsetzung seiner Vorstellungen für eine Regelung im Kosovo „freie Hand“ zumindest angedeutet. Die Frage, warum die Kosovokrise in Dayton als Verhandlungsgegenstand ausgeklammert wurde, bleibt weiter offen. Entweder es war schlichtweg der Zeitfaktor, oder der Westen befürchtete, dass Milošević einer westlichen Einmischung in den Kosovokonflikt nicht zustimmen würde, womit das ganze Vertragswerk gefährdet worden wäre.<sup>17)</sup>

Dayton wurde jetzt insbesondere innerhalb der jungen Generation im Kosovo als „point of no return“ der Restitution der Verfassungsautonomie von 1989 perzipiert und löste unter ihr einen Radikalisierungsprozess aus. Rugovas moderater politischer Kurs wurde von diesen Gewaltprotagonisten fortan als Sackgasse verhöhnt. „Eine Autonomielösung reichte nicht mehr aus, es wurde die Unabhängigkeit von Serbien gefordert. Die UÇK, die 1996 und 1997 nicht viel mehr als ein Haufen bewaffneter Banden war, die entlang von Sippengrenzen untereinander rivalisierten, mauserte sich zum organisierten und v.a. aus Deutschland finanziell unterstützten Sammelbecken junger, gewaltbereiter Kosovaren.“<sup>18)</sup>

Auf die Potenzialität eines serbischen, auch militärischen Eingreifens im Kosovo 1992 wurde oben bereits hingewiesen. US-Präsident H.W. Bush drohte in einem Brief, der sogenannten „Weihnachtswarnung von 1992“ an Präsident Slobodan Milošević, militärische Gewalt für eben einen solchen Fall an.<sup>19)</sup> Aus der Literatur geht nicht hervor, dass dieses eindeutige schriftliche Stoppschild in Albanien oder im Kosovo bekannt gewesen war. Die Gründung der UÇK ist auf das Jahr 1994 zu datieren, anderen Quellen zufolge aber bereits 1992, hervorgegangen aus verschiedenen im Untergrund agierenden bewaffneten Gruppen.<sup>20)</sup> Gezielte Todesanschläge gegen serbische Polizisten und einheimische mutmaßliche Kollaborateure wurden erstmals 1996 verübt. Es gab also offensichtlich keine Koinzidenz von Präsident Bushs Warnung und dem kosovo-albanischen bewaffneten Kampf. Mehr noch, nach dem Treffen des US-Sonderbotschafters Robert S. Gelbard mit Milošević in Belgrad am 23.2.1998 offenbarte der US-Diplomat, „die USA lehnten einseitig vorgenommene Veränderungen international anerkannter Grenzen ab, die UÇK bezeichnete er als terroristische Organisation und das Vorgehen der serbischen Sicherheitskräfte als Polizeigewalt“.<sup>21)</sup>

Nach Einschätzung der OSZE beherrschte die UÇK gegen Ende Juni 1998 etwa 30-40% des kosovarischen Gebiets. Vor diesem Hintergrund muss wohl der radikale Schwenk der USA bewertet werden, als der US-Sondergesandte und Architekt des Dayton-Abkommens, Richard Holbrooke, sich medienwirksam am 14. Juni 1998 mit bewaffneten UÇK-Kämpfern traf. „Drei Monate, nachdem ein hoher Repräsentant der amerikanischen Regierung die UÇK noch als Terroristen tituliert hatte, war sie anerkannter Gesprächspartner auf der internationalen Bühne.“<sup>22)</sup>



Die weiteren Aufstiegsstufen der Eskalationstreppe nach Friedrich Glasl (Fußnote 15) bis in die internationalisierte militärische Austragung, die gemeinhin als Kosovokrieg bezeichnet wird, soll hier nicht nachgezeichnet werden, denn sie korreliert nicht mit der thematischen Fragestellung des Strebens nach einem albanischen Einheitsstaat und der Rolle der EU auf dem Westbalkan. Die Entwicklungsdynamik erschließt sich jedoch aus der in den Fußnoten 12 und 13 aufgelisteten Literatur.

Mit der UNO-Sicherheitsratsresolution 1244<sup>23)</sup> vom 10.6.1999 endete offiziell der Kosovokrieg. Die damalige serbische Provinz wurde daraufhin am 25.7.1999 zu einer internationalen Sonderverwaltung, der United Nations Mission in Kosovo/UNMIK, umstrukturiert. Der Beschluss 1244 formuliert aber nicht explizit den finalen völkerrechtlichen Status. Einerseits betont er die territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien/BRJ, jedoch nur in der Präambel und nicht im rechtsverbindlichen operativen Teil. Andererseits wird dem Kosovo das Recht der Autonomie und der Selbstverwaltung zugestanden<sup>24)</sup>. Mit der Etablierung der UNMIK wurde die Souveränität der BRJ über den Kosovo zum damaligen Zeitpunkt faktisch bereits aufgehoben.<sup>25)</sup>

## Die Partei Vetëvendosje

Hervorgegangen aus einer vorwiegend von jungen intellektuellen Kosovo-Albanern getragenen Protestbewegung des Kosovo Action Network gegen die Fremdbestimmung durch die UNMIK-Verwaltung bildete sich die Bürgerinitiative Lëvizja Vetëvendosje/Bewegung Selbstbestimmung. 2004 gründete sie sich auch als Partei mit demselben Namen. Wachsenden Zulauf bekam sie weiterhin von jungen Bürgern, die der klare Parteikurs gegen die korrupten politischen und ökonomischen Eliten sowie die Souveränität einschränkende internationale Präsenz überzeugte. Das ideologische links-nationale/nationalistische Profil wirkt wie eine eigenwillige Mixtur der Parteien Lega Nord, Syriza, Podemos und die Grünen in Deutschland in ihrer Anfangsphase. Entscheidender Mitgründer ist Albin Kurti,<sup>26)</sup> Vordenker und Hauptakteur konfliktbereiter Straßenprotestler, der 2015 das kosovarische Parlament mit Tränengas attackierte.

In der Literatur wie auch in der laufenden politischen Debatte werden ihm seine früheren aktionistischen Handlungen sowie v.a. seine albanischen Vereinigungsaussagen aus vergangenen Jahren mit Blick auch auf die Gegenwartsgestaltung oft negativ vorgehalten. Mit der Zeit und durch die Erfahrung vielfacher Kontakte mit



Mit der Unterzeichnung des „Abkommens von Dayton“ durch die Präsidenten Slobodan Milosevic, Franjo Tudjman u. Alija Izetbegovic (v.l.n.r.) wurde der Krieg in Bosnien beendet, doch beinhaltete der Vertrag keine Regelung bezüglich des Kosovo (Bild: Unterzeichnung des Abkommens von Dayton, Paris, 14.12.1995).

internationalen Gesprächspartnern ist Albin Kurti heute jedoch nicht mehr der rebellische politische Aktionist. Auch seine Tonalität ist moderater geworden. Gleichwohl bleibt er hinsichtlich der sogenannten albanischen Frage prinzipientreu. Beispielhaft hierzu drei Aussagen im Zeitraum von mehreren Jahren: Beginnend ein Gespräch von ihm mit der „Neuen Zürcher Zeitung“/NZZ vom 9.10.2010: „Erstens benutzen wir nicht den Begriff Großalbanien; wir sprechen von einer Vereinigung von Kosovo und Albanien. Und zweitens fordern wir dies nur als ein Recht, wie es jedem souveränen Staat zusteht. Wenn Frankreich und Deutschland sich vereinigen wollen, kann sie niemand daran hindern - zwei Referenden, und die Sache ist erledigt. Warum soll Kosovo nicht dasselbe Recht haben? Wir sind gegen den Verfassungsartikel 1.3, der festhält, dass Kosovo sich nicht mit einem anderen Staat vereinigen soll. Das erinnert mich an Breschnews Konzept der beschränkten Souveränität sozialistischer Staaten.“<sup>27)</sup> Es folgen nun zwei Interviews in einem Zweijahresabstand 2017 und 2019: „Eine Vereinigung von Albanien und Kosovo entsteht nicht durch eine Entscheidung des Ministerpräsidenten, sondern durch den Willen des Volkes.(...) Ich plädiere jedenfalls dafür, dass eine Vereinigung mit Albanien nur auf demokratische, verfassungsmäßige und friedliche Weise erfolgt. Wir werden für dieses Ziel keine Konflikte riskieren.“<sup>28)</sup> Und: „Ich achte und liebe den kosovarischen Staat, aber unsere Sprache, Kultur und Geschichte ist nun einmal albanisch, was bedeutet, dass wir eine Nation mit zwei Staaten sind. (...) Unsere Verfassung verbietet uns den Anschluss an einen anderen Staat. Das steht im Widerspruch zu einer anderen Bestimmung derselben Verfassung, in welcher das Kosovo als souveräner Staat definiert wird. Deswegen hätten wir gerne das Recht auf ein solches Referendum. Aber wir werden nicht einen

weiteren Balkankrieg deswegen beginnen. Wir wollen das auf friedliche, demokratische und verfassungsgemäße Weise erreichen.<sup>429)</sup>

Von Februar bis Juni 2020 amtierte Albin Kurti als Ministerpräsident des Kosovo in einer Koalition seiner linksdemokratischen Partei Vetëvendosje mit der Mitte-Rechts-Partei LDK sowie auch zwei serbischen Parteien mit direkten Verbindungen zum serbischen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić. Die LDK stürzte ihn jedoch wieder schnell mit einem Misstrauensantrag. Vordergründig ging es um die Ausrufung des Ausnahmezustandes wegen der Coronakrise durch den LDK-Innenminister. Es spricht hingegen einiges dafür, dass der eigentliche Grund die Weigerung Kurtis gewesen war, die von den USA gewünschte 'Friedensübereinkunft' mit Serbien noch schnell in der Amtszeit von Donald Trump zu unterschreiben.<sup>30)</sup> Aus den erneuten Wahlen vom 14. Februar 2021 ging er noch einmal gestärkter hervor. 67 von 120 Abgeordneten votierten am 22. März für seine erneute Wahl zum Ministerpräsidenten des Kosovo. „Kurtis Regierung stützt sich auf die 58 Mandatare seiner Partei Vetëvendosje (Selbstbestimmung) sowie auf Vertreter der nicht-serbischen ethnischen Listen, unter ihnen Bosniaken, Türken und Roma(...) Das Amt des Ministers für Kommunen und Rückkehrer bekleidet mit Goran Rakić ein ethnischer Serbe.“<sup>31)</sup> So viel zum kontinuierlichen Vorwurf gegen ihn, die ethnischen Minderheiten im Kosovo marginalisieren zu wollen.

### Großalbanien im intellektuellen Diskurs der 1990er- und 2000er-Jahre

Wer sind nun die beispielhaften und maßgeblichen intellektuellen Auslöser, Träger und Treiber der konzeptionellen Überlegungen, Positionen und Postulate des großalbanischen/panalbanischen Narrativs? Narrative sind etablierte, oft auch bereits tradierte bedeutungs- und sinnbildende Erzählungen mit einhergehender Vermittlung von Werten und Emotionen für Orientierung, Zusammenhalt und Legitimation.<sup>32)</sup> Dass sie auch in prä- und semidemokratischen Gesellschaften sowie autokratischen Kontexten zum dortigen Wesenskern der Politik gehören, kann nicht überraschen. Mit ihnen beeinflussen politische Akteure, Form, Inhalte und Entwicklungen von politischen Prozessen.<sup>33)</sup> „In telling the story of our becoming, as an individual, a nation, a people, we establish who we are. Narratives may be employed strategically to strengthen a collective identity but they also may precede and make possible the development of a coherent community, nation, or collective actor.“<sup>34)</sup>

Nach der einseitigen Unabhängigkeitsdeklaration des kosovarischen Parlaments wuchsen erneute Befürchtungen hinsichtlich eines potenziellen Auftakts zu einer zukünftigen Vereinigung/Anschluss mit Albanien zu einer ersten Stufe eines „Großalbanien“. Dass die kosovarische Verfassung jedoch prominent bereits im Ersten Artikel, Absatz 3 die Vereinigung mit einem anderen Staat verbietet,<sup>35)</sup> wurde hierbei vielfach einfach ausgeblendet. Der Südosteuropa-Historiker Oliver Jens Schmitt rät folgerichtig auch zu mehr Gelassenheit: „Zwar sind zahlreiche Karten eines Groß-Albanien im Internet im Umlauf, doch

hat bislang m. W. noch niemand einen Entwurf vorgelegt, wie dieser Staat aufgebaut sein würde und wo sein politisches Zentrum zu liegen käme.“<sup>36)</sup>

Auf akademischem Feld deutet nach der Quellenlage viel auf den renommierten kosovo-albanischen Literatur- und Kulturwissenschaftler Rexhep Qosja mit seinem Plädoyer für die Bildung eines albanischen Staates, der alle albanischen Siedlungsgebiete umfassen sollte, als Vordenker und visionärer Rufer (gleichwohl in der Wüste).<sup>37)</sup> Er argumentierte in seiner Manifest-artigen Publikation von 1992 für eine notwendige historische Restitution von Gerechtigkeit. Das albanische Volk sei 1878 bzw. 1912/13 ungerecht behandelt worden. Dabei berücksichtigte er aber nicht, dass geschichtlich ein einheitlicher gesamtalbanischer Staat bzw. ein alt-albanisches Großreich gar nicht existiert hatte.

Vor seinen Worten standen schon seine Taten. „Gemeinsam mit Ismail Kadare, dem prominentesten albanischen Schriftsteller, initiierte er im November 1991 die Bewegung der „Aussöhnung und der gesamtationalen Vereinigung“ (Pajtim dhe bashkim mbarëkombëtar), die in einen „Gesamtalbanischen Volkskonvent“ (Kuvend mbarëkombëtar) zur Lösung der albanischen Frage münden sollte. (...) Aufgabe des Gremiums sollte die Sanktionierung eines einheitlichen Programms zum Zusammenschluss der ganzen albanischen Nation im Rahmen eines großen albanischen Staates als stabilisierender Faktor auf dem Balkan sein. Diese Initiative blieb bereits in den Anfängen stecken. Es war der Versuch eines Neubeginns unter national-patriotischem Vorzeichen, der gegenseitige Toleranz und Versöhnung einschloss. Schon der Begriff „Aussöhnung“, von den Autoren nicht hinreichend definiert, war durch spezifische, damals virulente soziale und politische Spannungen nach dem Zusammenbruch der alten Strukturen negativ belegt.“<sup>38)</sup>

Qosja, als Befürworter eines „Großalbanien“, war natürlich mit Sali Berishas politischem Schweigegebot nach dem internationalen Druck (siehe hierzu dessen Ausführung im ersten Teil, dort im Kapitel „Tirana mäandert in der gesamtalbanischen Frage ...die Konservativen“) gar nicht einverstanden und betonte daraufhin in einem an ihn gerichteten öffentlichen Brief: „Albania has never accepted its existing borders and has always tried to remind international circles that these borders are unjust, dividing the Albanian land in two. They are borders that go through the very heart of the Albanian people.“<sup>39)</sup> Sali Berisha antwortete ihm im folgenden Frühjahr (1993) ebenfalls in einem offenen Brief, in dem er hervorhob, „Albanien habe sich vorbehaltlos an die Schlussakte von Helsinki zu halten, die gewaltsame Grenzänderungen ausschließe. Die Absage an jede Form von Gewalt oder Terrorismus zur Erreichung politischer Ziele sei besonders wichtig, weil nur so eine albanische wie auch eine Balkantragödie vermieden werden könne.“<sup>40)</sup>

Die Berisha-Qosja-Kontroverse verdeutlichte die abgesteckten Fronten zwischen den intellektuellen Kreisen mit ihren Visionen und den Politikern aus dem Kosovo und Albanien mit ihren Handlungsbeschränkungen. Eine zu starke Propagierung „großalbanischer“ Ambitionen durch Albanien mit Blick auf den Kosovo war

zur damaligen Zeit mit dem nicht unerheblichen Risiko eines Konflikts mit der militärisch überlegenen Bundesrepublik Jugoslawien und der Wahrscheinlichkeit eines Spill-over-Effekts in der Region verbunden gewesen, den die internationale Staatengemeinschaft im Lichte des jugoslawischen Bürgerkrieges entschieden verhindern wollte, um nicht den gesamten Westbalkan in Gewalt und Chaos versinken zu lassen.<sup>41)</sup> Dieses Szenario spielte sich dann immerhin in den Jahren 1997/98 in Albanien ab. Bürgerkriegsähnliche Unruhen (Lotterieaufstand)<sup>42)</sup> hatten den Staat in eine schwere Krise gebracht. Durch die massiven europäischen/internationalen finanziellen Hilfen stand der Staat faktisch unter der Verwaltung der internationalen Geldgeber. Es war nicht mehr daran zu denken, dass eine stärkere Positionierung in der Kosovo-Problematik gegen die europäische bzw. US-Linie der Durchsetzung einer friedvollen Lösung im Kosovo eine realistische Option darstellte.<sup>43)</sup>

Intellektuelle wie Qosja blendeten zudem die politischen Realitäten aus: Albaner und Kosovo-Albaner durchliefen eine voneinander völlig unterschiedliche Entwicklung innerhalb zweier verschiedener politischer Systeme. Die Albaner waren während der Hoxha-Diktatur unterdrückt und fristeten ein Dasein in bitterer Armut, die auch noch nach deren Ende andauerte. Ihre im Kosovo im sozialistischen Jugoslawien sozialisierten Landleute besaßen Reisefreiheit, die vielfach auch zu Arbeitsemigration genutzt wurde, und leisteten Widerstand gegen die politische Unterdrückung durch die serbische Regierung. Großalbanische Parolen stießen daher in diesem Zusammenhang im albanischen Mutterland auf mäßige Zustimmung.<sup>44)</sup> Der Zerfall der albanischen kommunistischen Diktatur delegitimierte die staatlichen Institutionen, die ein bis dahin übergreifendes albanisches Nationalbewusstsein propagierten und denen die Bevölkerung gegenüber nun mit Ablehnung und Skepsis begegnete.<sup>45)</sup>

Den „groß- oder panalbanischen“ Staffstab hat seit einigen Jahren nunmehr der Tiraner Philosoph Koco Danaj übernommen,<sup>46)</sup> jedoch ohne nennenswerte große Anhängerschaft. Als potenzieller Trigger könnte sich jedoch die frustrierte albanische Perzeption der kraftlos-langsamen EU-Mitgliedschaft herausstellen. Es gibt aber auch vermittelnde Stimmen im nationalpatriotischen kosovo-albanischen Spektrum wie die von Adem Demaçi.<sup>47)</sup> Im Kosovokrieg war er der politische Sprecher der Kosovo-Befreiungsarmee/UÇK und trat aus Protest gegen den Friedensplan der internationalen Kontaktgruppe in Rambouillet, die keine Eigenstaatlichkeit des Kosovo vorsah, von dieser Funktion zurück. Nach dem Krieg engagierte er sich für die ethnische Aussöhnung.

### **Panalbanische Träume in Südserbien....**

Ein Jahr nach den Kosovo-Albanern hielten auch die albanischen Bewohner des Preševo-Tals/ Südserbien<sup>48)</sup> 1992 ein inoffizielles Referendum ab, indem sie ihr Begehren zur Loslösung von Serbien und zu einem Anschluss an das Kosovo artikulierten.<sup>49)</sup> Die Albaner benennen das Preševo-Tal oft auch als „Ostkosovo“.<sup>50)</sup> Intellektuelle Kreise leisteten propagandistische Schützenhilfe. Das Preševo-Tal bildete

einen wichtigen Teil in ihrem programmatischen ideenpolitischen „Großalbanien“-Konzept. Nach Erlangung der Unabhängigkeit der jeweiligen albanisch besiedelten Gebiete würde das Vereinigte Albanien hiernach folgende Territorien umfassen: Kosovo, das Preševo-Tal, die albanisch besiedelten Gebiete in Montenegro (Rožaje, Plav, Gusinje, Ulcinj und Tuzi). Eine Aufwertung der in Nordmazedonien lebenden Albaner<sup>51)</sup> zu einem staatstragenden Volk als Zwischenschritt zu einer späteren Loslösung vom nordmazedonischen Staat wäre die Konsequenz.<sup>52)</sup>

Eine sich selbst so bezeichnende „Befreiungsarmee von Preševo, Bujanovac und Medveđa/UÇMPB- Ushtria Çlirimtare e Preshevës, Medvegjës dhe Bujanocit“ - aus radikalen nationalistischen Albanern zusammengesetzte Nachfolgeorganisation der UÇK im Kosovo<sup>53)</sup> - provozierte im Juni 2000 aufstandsähnliche Unruhen in den südserbischen Städten Preševo, Bujanovac und Medveđa mit einer albanischen Bevölkerungsmehrheit oder einem signifikant ausgeprägten albanischen Bevölkerungsanteil.<sup>54)</sup> Analog zur bewaffneten Guerilla im benachbarten Kosovo ein Jahr zuvor versuchte die UÇMPB im Preševo-Tal durch gezielte Angriffe auf serbische Staatsorgane die serbische Seite in die Falle einer hochrepressiven, unverhältnismäßigen Gegenreaktion zu locken.<sup>55)</sup> Das Kalkül der Rebellen war, den Eintritt der NATO in den Konflikt zu ihren Gunsten zu erzwingen und mittels Gewaltanwendung die Loslösung des Preševo-Tals vom serbischen Staat voranzutreiben sowie dieses anschließend dem Kosovo anzugliedern.

Zur Vermeidung einer Konflikteskalation sowie um den Aufbau neuer positiver Beziehungen zu Serbien nicht zu gefährden, distanzierte sich die NATO und die internationale Gemeinschaft von neuen Grenzziehungen und verständigte sich mit Belgrad darauf, dass die serbische Armee in die nach Ende des Kosovokrieges errichtete entmilitarisierte Sicherheitszone zwischen serbischen Armee-Einheiten und den KFOR-Einsatzkräften entlang der Grenze zum Kosovo vorrücken konnte. Der albanische Aufstand wurde vom serbischen Militär niedergeschlagen.<sup>56)</sup> Dass die Bewertung des Konflikts und seiner Akteure durch die NATO anders ausfiel, als dies von den albanischen Extremisten einkalkuliert wurde, hatte verschiedene Ursachen: Ihre Aktionen ließen sich nicht - wie im benachbarten Kosovo - als Kampf für Menschen- und Minderheitenrechte deklarieren. Es sollte zudem eine grenzüberschreitende Expansion des von der UÇK etablierten illegalen Machtbereichs erfolgen, zunächst in Südserbien und wenig später auch in Nordmazedonien, sodass sich als Fernzielperspektive eher ein „Großkosovo“ anstelle eines „Großalbanien“ herauskristallisiert hätte.<sup>57)</sup> Der Rücktritt des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević am 5.10.2000 reduzierte erheblich die internationale Aufmerksamkeit gegenüber der albanischen Frage.<sup>58)</sup>

### **...und in Mazedonien<sup>59)</sup>**

Mit dem bewaffneten Angriff des mazedonischen Ablegers der kosovo-albanischen paramilitärischen Organisation UÇK („Wander-Guerilla“)<sup>60)</sup> auf eine Polizeistation in der Gemeinde Tearce im Januar 2001 begann ein bis zum Sommer andauernder Gewaltkonflikt mit Schwerpunkten

in und um die Städte Tetovo und Kumanovo. Hier liegt das Hauptsiedlungsgebiet der albanischen Minderheit<sup>(61)</sup>, direkt an der Grenze zum Kosovo. Über die Zielsetzung waren sich die albanischen Extremisten nicht immer einig: Eine Minderheit favorisierte eine weitreichende Selbstbestimmung, die Mehrheit hingegen die Loslösung der albanisch besiedelten Gebiete und einen Anschluss an das Kosovo.<sup>(62)</sup> Auf Druck der USA, der EU und der OSZE konnte der Konflikt mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Ohrid am 13.8.2001 mit einem „power sharing“ beigelegt werden. Vereinbart wurden insbesondere die Dezentralisierung von Verwaltungen, Neufestlegungen von Kommunen sowie Albanisch als Verkehrssprache in der Verwaltung.<sup>(63)</sup>

Ein Jahr später wurde der mühsam erreichte Kompromiss noch einmal herausgefordert, als die Armata Kombëtare Shqiptare/Albanische Nationalarmee als eine Art Splittergruppe der nordmazedonischen UÇK 2002 öffentlichkeitswirksam in Erscheinung trat und die Vereinigung sämtlicher albanisch besiedelter Territorien zu einem albanischen Gesamtstaat einforderte.<sup>(64)</sup> Der Mangel an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz innerhalb der albanischen Bevölkerung in Mazedonien führte gleichwohl schnell zu ihrer Bedeutungslosigkeit. Festzuhalten gilt: Die kosovarische UÇK und ihr nordmazedonisches Gegenstück erhielten Popularität und Unterstützung, sobald sie sich von der Idee eines „Großalbanien“ distanzieren und stattdessen die Unabhängigkeit des Kosovos bzw. eine konstitutionelle Aufwertung der in Mazedonien beheimateten Albaner verlangten.<sup>(65)</sup>

## Gebietsaustausch

Nach der Sezession von Montenegro verfasste Serbien 2006 eine neue Konstitution, in deren Präambel als bindendes normatives Verfassungsprinzip die „Provinz Kosovo und Metohija als integraler Teil des serbischen Staatsterritoriums“<sup>(66)</sup> gelten. Der serbisch-kosovarische Dauerkonflikt kommt ungeachtet eines von Brüssel unterstützten Normalisierungsprozesses nicht aus seiner Dauerschleife heraus. Dies machte alternativen Lösungsmöglichkeiten Platz. Das Center for Euro-Atlantic Studies in Belgrad präsentierte im Juni 2018 als Lösungsvorschlag einen Gebietsaustausch<sup>(67)</sup> zwischen Serbien und Kosovo.<sup>(68)</sup> Die mehrheitlich serbisch besiedelten Gebiete im Norden des Kosovo<sup>(69)</sup> sollten Serbien angeschlossen werden im Gegentausch zum Preševo-Tal<sup>(70)</sup>, das zum Großteil von ethnischen Albanern bewohnt wird.

Eine Gebietsaufteilung, keinen Territoriaustausch, schlug bereits 1968 der serbische Intellektuelle und spätere Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, Dobrica Ćosić (1992-93), vor.<sup>(71)</sup> Beabsichtigt war, damit eine Friedensordnung im Kosovo zu etablieren. Der Nordkosovo, inklusive des Trepča-Minen-Komplexes, also ein Gebiet von hohem Wert, sollte den Serben zugestanden werden. Die südöstliche, zum Großteil gebirgige Region wäre den Albanern zuzuerkennen. Der Grenzverlauf zwischen der sozialistischen Föderativen Jugoslawischen Republik und der Volksrepublik Albanien sollte demnach zwischen Mitrovica und Prishtina liegen. Der damalige Plan beinhaltete jedoch nicht das Preševo-Tal, das be-

reits zur damaligen Zeit eine ausgeprägt albanisch dominierte Bevölkerungszusammensetzung (1961 44,3%) aufwies.

Die Euro-Atlantic-Studie spricht von einer „Korrektur der administrativen Linie“ zwischen Serbien und Kosovo, die zu einer Revitalisierung des festgefahrenen Normalisierungsprozesses führen soll.<sup>(72)</sup> Korrespondierend dazu sollen auf dieser Grundlage auch noch offenstehende Grenzstreitigkeiten zwischen Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien sowie weitere Unstimmigkeiten, die sich im Nachgang der Desintegration des jugoslawischen Vielvölkerstaates hervorgerufen haben, gelöst werden.<sup>(73)</sup>

Nach einer zuvor getroffenen Absprache mit der damaligen Hohen Vertreterin der EU für Außen-





und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, und dem EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn legten die Präsidenten von Serbien und dem Kosovo, Aleksandar Vučić und Hashim Thaçi am 25. August 2018 im Rahmen des Europäischen Forums in Alpbach/Österreich einen gemeinsamen Vorschlag/Plan vor.<sup>74)</sup> Weitere Gespräche zur Streitbeilegung zwischen Serbien und Kosovo wurden für den 7. September 2018 vereinbart. Auf breite Ablehnung stieß der Vorschlag hingegen auf der Tagung der EU-Außenminister im Gymnich-Treffen am 30./31.8.2018 in Wien.<sup>75)</sup> Die Trump-Administration mit ihrem damaligen Nationalen Sicherheitsberater John Bolton befürwortete demgegenüber eine Grenzkorrektur, und auch die EU-Kommission gab grünes Licht.<sup>76)</sup>

Der 2018 noch amtierende Regierungschef des Kosovo, Ramush Haradinaj, sprach sich gegen neue Grenzziehungen aus: „Die Tragödien auf dem Balkan hatten immer mit Grenzfragen zu tun - wer diese Fragen neu aufwirft, beschwört neue Tragödien herauf“.<sup>77)</sup> Auch Parlamentspräsident Kadri Veseli zählte nicht zu den Befürwortern einer Grenzkorrektur.<sup>78)</sup>

Albin Kurti und die Partei Vetëvendosje drückten ebenfalls ihre Ablehnung mit einer am 29. September 2018 organisierten Demonstration in Prishtina aus.<sup>79)</sup> Im April 2019 vollzog auch Thaçi schließlich eine 180-Grad-Wende und distanzierte sich öffentlich von sämtlichen Plänen hinsichtlich eines Gebietsaustauschs und sprach lediglich von einer Annäherung zu den im Preševo-Tal beheimateten Albanern unter dem Dach der EU.<sup>80)</sup>

Wiederholt wird die Ambiguität deutlich, die in Richtung Großalbanien des Öfteren in politischen Kreisen verfolgt wird. Sämtliche Vereinigungsgedanken werden erst dann abgelehnt oder in bestimmte Phrasen umformuliert - die letztlich großzügigen Raum für Interpretationen bieten -, sobald sich Widerstand seitens der internationalen Staatengemeinschaft anbahnt. Gleichzeitig erfolgt jedoch eine Artikulierung in Albanisch mit Subtexten und Andeutungen, die sich Außenstehenden oft nicht erkennbar erschließen.

## Fazit

Im Folgenden wird als Conclusio der vielschichtige Kontext von „großalbanischen/panalbanischen“ Bildern in den Köpfen und europäischer Stabilität komprimiert aufgezeigt.

Die politische Denkfigur „Großalbanien“ basiert nicht auf einem programmatischen Konzept oder gar politischen Projekt. Sie spiegelt lediglich eine romantisierende, historische Sehnsucht. Sie ist umgeben von einer nostalgisch-melancholischen Atmosphäre, die sich in der Zirkulation als politische Idee in nationalpatriotischen albanischen Kreisen, Stammtischgesprächen und medial inszenierten gemeinsamen Tagungen auf Regierungsebene mit wenig essenzieller Substanz manifestiert. „In dem Chor aus primären Initiativen und sekundärer Resonanz fehlt indessen die wichtigste Stimme, die der politischen Akteure der internationalen Gemeinschaft. Sie schauen gewissermaßen indigniert zur Seite, wenn die kosovoalbanische UÇK den Umfang des von ihr geplanten Groß-Albanien bereits in ihrem Emblem zeigt“.<sup>81)</sup> Diese Bewertung stammt jedoch

aus dem Jahr 2002 und besitzt keinen aktuellen Bezug mehr, wie ebenfalls die russische Sorge vor einem „Groß-Kosovo“ aus dem Jahr 2001.<sup>82)</sup>

Und die serbische Bedrohungsperzeption und Rezeption auf die zeitgenössischen mitunter publizierten oder verbalisierten Äußerungen in Albanien oder im Kosovo, die als eine Befürwortung eines „Großalbanien“ gelesen werden könnten, ähneln auf dem ersten Blick dem Pawlowschen Reiz-Reaktion-Schema. Auf dem zweiten wirken Belgrads Reflexe jedoch fast wie ritualisiert und ohne konkrete Furcht vor einer auch intendierten tatsächlichen politischen Umsetzung. Die albanische Nemesis wird nämlich je nach innenpolitischem Bedarf von der Belgrader Politik auch instrumentalisiert - und: Die Konstruktion des Anderen oder das taktische Prinzip des „Haltet den Dieb“ hat auch in Serbien seinen politischen Kletterbaum, denn die Idee von einem „Großserbien“ ist mit seiner 1844 erstmaligen begrifflichen Prägung noch um einige Jahrzehnte älter als ihr albanisches Pendant.<sup>83)</sup>

Dennoch: Hinsichtlich der seit Langem erhofften, doch immer wieder enttäuschten Erwartung einer Einladung zu EU-Beitrittsverhandlungen steuert Tirana ein zwar sehr behutsames, jedoch auch systematisches Vorgehen in der „albanischen“ Frage. In den letzten Jahren sind transnationale albanische Vernetzungen in den albanischen Siedlungsgebieten der Länder Albanien, Kosovo, Nordmazedonien wie auch in Montenegro und Südserbien auf ökonomischen, medialen und kulturellen Feldern zu beobachten. Aus serbischer Sicht wird damit eine funktionale Integration im Sinne einer transnationalen „Groß-Albanosphäre“ vorangetrieben. Auf dem realpolitischen Prüfstand kommt diesen Prozessen aber weniger Gewicht zu. Die EU beobachtet das alles aber kritisch und sorgsam. Vor diesem Hintergrund lassen sich keine hinreichenden Einwände einbringen, warum nicht eine Entwicklung unterhalb eines politisch-formalen Zusammenschlusses insbesondere von Albanien und Kosovo in Form von gutnachbarschaftlichen Beziehungen angestrebt werden sollte.

Bulgarien, Rumänien, Zypern, Griechenland, die Slowakei und Spanien verweigern weiterhin Kosovo die Anerkennung seiner Unabhängigkeit. Sie befürchten eine Signalwirkung ihrer jeweiligen nationalen Minderheiten, dass diese nun ebenfalls eine Unabhängigkeit anstreben könnten. Alle anderen EU-Staaten haben den Anerkennungsschritt jedoch vollzogen und liefern damit zugleich auch ein deutliches fortwährendes Stoppschild an jegliches großalbanisches Denken.

Auf dem wegen der Corona-Pandemie nur digitalen EU-Westbalkangipfel im Mai 2020 sagte Brüssel den Beitrittskandidatenländern 3,3 Mrd. EUR an Wirtschaftshilfe zu. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte vor diesem virtuellen Treffen: „In dieser Pandemie haben wir eine spezielle Verantwortung, unseren Partnern auf dem Westbalkan zu helfen, denn ihre Zukunft liegt eindeutig in der Europäischen Union.“<sup>84)</sup> Mehr noch, für den Westbalkan als „Innenhof der EU“ (Staatsminister Michael Roth) ging es auf dem Gipfel vorwiegend darum, das politische Narrativ in der Region weiter zu bestimmen. So betonte z.B. Serbien in letzter Zeit immer wieder die



Das „Center for Euro-Atlantic Studies“ in Belgrad präsentierte im Juni 2018 die Idee zum Gebietsaustausch zwischen Kosovo und Serbien - dies erhitze die Gemüter der Ethnien. Der Vorsitzende der Partei Vetëvendosje, Albin Kurti, drückte seinen Widerstand bei einer organisierten Demonstration aus (Bild: Kurti mit seinen Anhängern an einer Anti-Regierungsdemonstration in Pristina, 29.9.2018).

Unfähigkeit der EU und liebäugelte mit China als scheinbarer Alternative zur Union. Vor diesem Hintergrund: „Albanien und Nord-Mazedonien wurde die Aufnahme von förmlichen Beitrittsverhandlungen nach jahrelanger Hängepartie im März von der EU zugesagt. Ein konkretes Datum für die erste Verhandlungsrunde gibt es - auch wegen der Corona-Pandemie - noch nicht. Frankreich, Dänemark und die Niederlande hatten vor dieser Zusage eine Reform des Beitrittsprozesses durchgesetzt. Ein Abbruch der Verhandlungen soll nun leichter sein, falls ein Kandidatenland seine Zusagen nicht erfüllt. Während die EU noch mit dem ehemaligen Mitgliedsland Großbritannien über die künftigen Beziehungen verhandelt, soll gleichzeitig der Weg für neue Aufnahmen geebnet werden.“<sup>485)</sup>

In Albanien und im Kosovo existiert noch keine demokratische Streitkultur. Eingeschränkte Meinungskorridore und intolerante Einstellungen albanischer politischer Kräfte in der Region verhindern bisher einen albanischen Gesamtkonsens, geleitet durch Kompromiss- und Dialogbereitschaft, der sich auch gerade für den Referenzrahmen Westbalkan als akzeptable Regelung der albanischen nationalen Frage auszeichnet, losgelöst von ideologischen Banden und Gewalt.

In der aus heutiger Sicht zu frühen EU-Aufnahmen von Bulgarien und Rumänien 2007 versucht Brüssel einerseits an den Beitrittskriterien für die Westbalkanstaaten festzuhalten und sich nicht zu weit davon zu entfernen, während auf der anderen Seite aber ein passiver Politikstil eine Verselbstständigung der Dinge impliziert und die Rolle der Gemeinschaft als gewichtige Ordnungsmacht in Frage stellt. Ein nachlassendes EU-Engagement gibt desintegrativen Kräften wiederum Zulauf und könnte

Tabubrüche salonfähig machen, die als realistische und langfristig angelegte, jedoch hochgradig friedensgefährdende Optionen vermehrt in den Vordergrund rücken könnten. Diese wären die gesellschaftspolitische Popularisierung eines „großalbanischen“ Staates sowie die offene Ablehnung Bosnien-Herzegowinas als Gesamtstaat durch serbische und kroatische Nationalisten.

Das Sicherheits- und Machtvakuum, das sich in Konsequenz des schleppenden EU-Integrationsprozesses vermehrt herausbildet, wird seit einigen Jahren mit der Hinauszögerung der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen durch französische, niederländische und dänische Vetos verstärkt. Externe Mächte wie die USA, die Volksrepublik China, die Russische Föderation und die Türkei stoßen mit ihren jeweiligen disparaten Interessen hinein und schaffen Fakten in sozioökonomischen, medialen und kulturell-religiösen

Bereichen, die eines Tages im Rahmen der EU-Integration berücksichtigt werden müssen.

Im März 2020 gaben die Europaminister ihre Zustimmung zur Eröffnung der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien. Doch die spärlich ausgebauten Gesundheits- und Sozialsysteme der Westbalkanstaaten sind mit der Coronakrise stark überfordert. Mit Blick auf nationale Alleingänge im Krisenmanagement einiger EU-Mitgliedstaaten klagten die Westbalkanstaaten über die mangelnde Solidarität und Hilfe der EU. Diese Wahrnehmung gefährdet nicht nur die Glaubwürdigkeit und den Zuspruch gegenüber der EU, sondern bietet externen Mächten eine neuerliche Angriffsfläche, um ihren Einfluss auszudehnen.

Käme ein Gebietsaustausch zwischen Serbien und dem Kosovo tatsächlich zustande, wäre es zwar schwer vorstellbar, darin den Auftakt für die Schaffung eines „Großalbaniens“ zu erkennen. Jedoch könnte dies weitere serbische und auch kroatische Forderungen nach reziproken territorialen Austauschprozessen befeuern. Die sich daraus ergebenden Implikationen sind schwer abzuschätzen. Die Debatte über den Territoriaustausch wird intransparent geführt, beinhaltet keine partizipatorische Komponente, die eine Beteiligung der Bürger etwa in Form eines Referendums vorsieht. Die EU würde bei einem potenziellen Austausch vor dem Dilemma stehen, dass sie, wenn sie dem zustimmt, einem Prozess Vorschub leisten würde, der in sich kein unionspolitisches Ziel der EU darstellt - die Schaffung monoethnischer Staaten. Es könnte zu Nachahmungseffekten kommen, die u.a. auch innerhalb der EU selbst jahrzehntelange Anschlusssträume (Südtirol und Nordirland) und Forderungen nach



nationaler Eigenständigkeit (Katalonien, Baskenland) wiederbeleben bzw. verstärken würden.

Des Weiteren würden aller Voraussicht nach wieder alle jene nationalistischen Konzepte auf dem Westbalkan erstarken, die ethno-politische Homogenität und die gewaltsame Verschiebung von Grenzen propagieren sowie multi-ethnischen Realitäten eine Absage erteilen. Der Grundstein für neue ethnisch-motivierte Konflikte wäre damit gelegt und die mühsam konstruierte Friedensordnung auf dem Westbalkan ernsthaft gefährdet. Zwangsläufig ist das alles natürlich nicht. Der renommierte britische Historiker Timothy Garton Ash formulierte die einprägsame Aussage: „Auf dem Aktienmarkt der Geschichte weiß man nie, was passiert.“<sup>486)</sup>

Die Empfindung, Opfer einer historischen Ungerechtigkeit gewesen zu sein und in der Geschichtslotterie verloren zu haben, ist bis heute im Bewusstsein des albanischen Volkes präsent und könnte mit diesem latenten Gärstoff das Treibmittel eines zukünftigen Antriebsmotors für die Schaffung eines albanischen Einheitsstaates sein. Mit diesem „early warning“ öffnet sich ein Bereich für eine breitere politikwissenschaftliche Untersuchung, die die Erzählungen der albanisch besiedelten Gebiete in Nordmazedonien, Südserbien, Montenegro und Griechenland im Rahmen einer umfangreicheren Forschungsarbeit berücksichtigt.

Das integrierte Europa hat im Rahmen seiner Beitrittsagenda hinreichend Gestaltungsmacht, großstaatliche Visionen auf dem Westbalkan mit seinem Narrativ<sup>87)</sup> der Friedensstiftung auszutrocknen. Es waren diese historischen Schritte vom europäischen Gegeneinander zum Gegenüber, vom Gegenüber zum Nebeneinander und schließlich vom Nebeneinander zum Miteinander, die zur Herausbildung einer europäischen Identität führen könnten. Doch die EU befindet sich selbst in schwerem Wasser. Die ökonomischen Implikationen der Coronapandemie, der Ausbruch aus dem Rechtsstaatsgefüge der Kopenhagener Kriterien einiger seiner Mitgliedsländer, die kaum zu harmonisierenden Interessen zwischen den Mitgliedstaaten im Norden und im Süden, im historischen Westen und im neuen Osten sowie insbesondere die mangelnde Fähigkeit des Europäischen Rates wie auch der Europäischen Kommission, eine gemeinsame Weltpolitik vorzugeben/unfähig zur Weltpolitik sowie die immer schwierigeren Budgetverhandlungen verengen eine strategische Sichtweise in den Hauptstädten und in Brüssel. Vor diesem Hintergrund entfaltet die EU für den Westbalkan gegenwärtig keine innovative Schubkraft.

Der Mythos um die „groß- bzw. panalbanische“ Denkfigur widerhallt noch in der eigenen Echokammer. Weiterhin ist vorrangig der EU-Elefant im geopolitischen Raum. Doch der muss nicht die einzige Wirkkraft bleiben. Es könnten Schwarze Schwäne hinzukommen. Die Politiken des Westbalkans balancieren insofern auf dem Schwebebalken des ihnen zuwinkenden westeuropäischen Posthumanismus mit flüssigen wie fluiden Identitäten und den an ihnen zerrenden tradierten manifesten Narrativen. Wer von den beiden wird hier den politischen Nährboden der Zukunftsgestaltung düngen?

Der renommierte militärisch-akademische österreichische Strategieforscher Wolfgang Peischel justiert bei dieser Frage ins Offene den Blick neu mit der Beurteilung: „Wie lange hat man beispielsweise an dem Dogma festgehalten, dass ausschließlich politisch oder vertraglich vereinbarte, in die Karte gezeichnete Grenzen die nationale Identität bestimmen würden und so die Grundlage für eine von den Staaten akzeptierte stabile Raumordnung bilden könnten? Heute zeigt eine Vielzahl von Konflikten und kritischen Zerfallsszenarien, dass es neben Grenzziehungen, Verträgen und Verfassungen doch auch die Gründungsmythen, Sprache, Kultur, Religion, ethnische Zugehörigkeit und Ideologie sind, welche ein Identitätsgefühl begründen.“<sup>488)</sup> ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord!“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem, <https://core.ac.uk/download/pdf/71741887.pdf>, S.5 (25.9.2020).
- 2) Vgl. Carl Polónyi, Heil und Zerstörung. Nationale Mythen und Krieg am Beispiel Jugoslawiens 1980-2004. Berlin 2010, S.105ff.
- 3) Vgl. Ebenda.
- 4) Vgl. Oliver Jens Schmitt, Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft. Wien/Köln/Weimar 2008, S.232.
- 5) Vgl. Christiane Jaenicke, Albanien: Ein Länderporträt. CHLinks Verlag Berlin 2019, S.71.
- 6) Vgl. Julie Mertus, Kosovo: How Myths and Truths Started a War, Berkeley. University of California Press 1999, S.34.
- 7) Vgl. Peter Schubert, Zündstoff im Konfliktfeld des Balkan, Die albanische Frage, Baden-Baden, 1997, S.27.
- 8) Vgl. Carl Polónyi, a.a.O., S.118.
- 9) Mit einer Zustimmung von 99,98% votierten die Kosovo-Albaner in einem Referendum vom 21.-30.9.1991 für ihre Unabhängigkeit von Serbien. Die etwa 10% ansässigen Serben boykottierten die Abstimmung hingegen geschlossen. Ibrahim Rugova wurde am 24.5.1992 zum Präsidenten gewählt.
- 10) Zu diesem Zeitpunkt wurde die Frage einer militärischen Intervention auch in der Friedensforschung thematisiert. Beispielhaft hierfür: Dieter Senghaas, Weltinnenpolitik-Ansätze für ein Konzept, in: Europa-Archiv 1992 Folge 22, S.650/651: „Wenn eine Politik, gleich aus welchen Gründen (Bürgerkrieg, Wirtschaftspolitik mit katastrophalen Folgen, Rassismus), gezielt oder in der Konsequenz Menschen vertriebt, so daß diese, wollen sie überleben, Schutz und Hilfe andernorts suchen müssen, ist Intervention geboten [...] Es besteht daher ein legitimes Interesse und auch ein Recht, solche Ursachen abzustellen. Sollte beispielsweise demnächst serbische Politik im Kosovo dazu führen, daß die Kosovo-Albaner als Ergebnis „ethnischer Säuberung“ ihr Land fluchtartig verlassen, möglicherweise sogar eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Albanien und Serbien droht, handelt es sich um einen Fall dieser zweiten Kategorie.“
- 11) Da spielen wir nicht mit, <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13681757> (25.9.2020).
- 12) Exemplarisch hierfür: Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000; Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hrsg.) Der Kosovo-Krieg, Köln 1999; Erich Rathfelder: Kosovo. Geschichte eines Konflikts. Suhrkamp Verlag, Berlin 2011; Cathrin Schütz: Die NATO-Intervention in Jugoslawien. Hintergründe, Nebenwirkungen und Folgen. Wilhelm Braumüller Universitäts- und Verlagsbuchhandlung, 2003.
- 13) Die akademische Forschungsliteratur zur Gewalteskalation im Kosovokrieg in den folgenden Links wurde vom 1.- 10.12.2020 durcharbeitend eingesehen. Sie wird hier beispielhaft für den Umfang angeführt. Vgl. Johannes Rüger/ David Schmid, Der Kosovo-Konflikt, [file:///C:/Users/User/Downloads/Dossier\\_Kosovo%20\(5\).pdf](file:///C:/Users/User/Downloads/Dossier_Kosovo%20(5).pdf); Silvia Tzenova, Diplomarbeit, Das Konfliktmanagement der EU am Beispiel des Kosovo-Konflikts 1998-1999, <https://core.ac.uk/download/pdf/11583563.pdf>; Wieland Schneider, Diplomarbeit, Kosovo/Kosova in der albanisch-serbischen und der internationalen Auseinandersetzung, <https://core.ac.uk/download/pdf/11582315.pdf>; Rasmus Tenbergen,

- Dissertation, Der Kosovo-Krieg - eine gerechte Intervention? [http://publications.rwth-aachen.de/record/56111/files/Tenbergen\\_Rasmus.pdf](http://publications.rwth-aachen.de/record/56111/files/Tenbergen_Rasmus.pdf); Ognian Popov, Diplomarbeit, Der Kosovo-Krieg und seine internationale Dimension, <http://othes.univie.ac.at/248/1/SammelmappePopov.pdf>; Mustafa Berat Keskin, Masterarbeit, Die Rolle der internationalen Organisationen im Kosovo-Konflikt, [http://othes.univie.ac.at/30437/1/2013-10-29\\_0606787.pdf](http://othes.univie.ac.at/30437/1/2013-10-29_0606787.pdf); Gisela Reicherter, Dissertation, Rechtsgrundlagen der humanitären Intervention unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo-Konflikts, <https://athene-forschung.unibw.de/doc/85359/85359.pdf>; Kurt Gritsch: Krieg um Kosovo. Geschichte, Hintergründe, Folgen. Innsbruck university press, Innsbruck 2016.
- 14) Heinz Loquai, a.a.O. S.21.
- 15) Vgl. Friedrich Glasl, Konfliktmanagement, [https://www.hsflk.de/fileadmin/HSFK/hsfk\\_downloads/Glasl\\_fertig.PDF](https://www.hsflk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/Glasl_fertig.PDF) S.127/128, (10.12.2020).
- 16) Vgl. Fabian Schmidt, Opinion: 10 Years After Dayton, an Unfair Peace, <https://www.dw.com/en/opinion-10-years-after-dayton-an-unfair-peace/a-1784907> (10.12.2020).
- 17) Christoph Rohloff, Krieg im Namen der Menschenrechte? Eine Bestandsaufnahme nach der NATO-Intervention im Kosovo, <https://www.uni-due.de/imperia/md/content/inef/report38.pdf> S.14/15. (10.12.2020).
- 18) Ebenda, S.15.
- 19) Vgl. Jochen Hils, Goodbye Leadership. Die Balkanpolitik der USA nach dem 11. September, file:///C:/Users/User/Downloads/14501607.pdf, Fn. 73 S. 442; „In December 1992, then President Bush delivered an unequivocal warning in a letter to President Milosevic that the United States was prepared to intervene militarily if Serbia attacked the ethnic Albanians in Kosovo. President Clinton repeated this so-called Christmas warning after he took office in 1993.“ Hearings before the Subcommittee of the Committee on Foreign Relations United States Senate, May 6, 1998 <https://www.govinfo.gov/content/pkg/CHRG-105shrg49265/html/CHRG-105shrg49265.htm>, Absatz 11 (11.12.2020).
- 20) Vgl. Klaus Lange, Die UCK- Anmerkung zu Geschichte, Struktur und Zielen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 34/1999, S. 33-39; Christian Christians, Die UCK und der geheimdienstliche Hintergrund des Krieges, <http://www.kiezdoc.de/DieUCKgeheimdienstlich.htm> (11.12.2020).
- 21) Heinz Loquai, a.a.O., S.23. Siehe dazu auch die Aussage von Botschafter Gelbard auf der Pressekonferenz am 22.2.1998 in Pristina: „At the same time, we also condemn the attacks against the police and others by the group that calls itself the UCK [Kosovo Liberation Army]. As I have said before, I consider these to be terrorists actions, and it is the strong and firm policy of the United States to fully oppose all terrorists actions and all terrorists organizations.“ [https://1997-2001.state.gov/policy\\_remarks/1998/980222\\_gelbard\\_pristina.html](https://1997-2001.state.gov/policy_remarks/1998/980222_gelbard_pristina.html) (11.12.2020).
- 22) Heinz Loquai, a.a.O., S.28.
- 23) United Nations Resolution 1244, <https://unmik.unmissions.org/united-nations-resolution-1244> (25.9.2020).
- 24) Ebenda, Punkt 11a: „Promoting the establishment, pending a final settlement, of substantial autonomy and self-government in Kosovo, taking full account of annex 2 and of the Rambouillet accords (S/1999/648)“.
- 25) Vgl. Valbona Myteveli, Nationale Identität im Wandel. Erscheinungsformen des albanischen Nationalismus (Albanische Forschungen, Band 40). Wiesbaden 2018, S.185.
- 26) Der Unruhestifter, <https://datum.at/der-unruhestifter/>, (25.9.2020); Albin Kurti, Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Albin\\_Kurti](https://de.wikipedia.org/wiki/Albin_Kurti), (25.9.2020).
- 27) Zitat in: Ernst Köhler, Zeichen der Zeit - Kosovo 2010, <http://www.guenterposch.de/koehleraufsatz-11.html> (12.2.2021), das Zitat in verkürzter Form auch bei Paul Lendvai, Riskante Wachablöse im Kosovo, <https://www.derstandard.de/story/2000109598474/riskante-wachablose-im-kosovo> (25.9.2020). Beispielfaßhaft ebenfalls Wolf Oshlies, Albin Kurti: Mit wohlbekannten Methoden auf dem Weg nach Groß-Albanien, <https://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Albin-Kurti-Mit-wohlbekannten-Methoden-auf-dem-Weg-nach-Grosz-Albanien/20060705>, (25.9.2020).
- 28) Keno Verseck, Albin Kurti: „Niemand muss uns fürchten“, <http://www.keno-verseck.de/albin-kurti-niemand-muss-uns-fuerchten/> (25.9.2020).
- 29) Michael Martens, „Wir sind eine Nation mit zwei Staaten“ [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahl-im-kosovo-albin-kurti-ueber-eine-nation-mit-zwei-staaten-16420796.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahl-im-kosovo-albin-kurti-ueber-eine-nation-mit-zwei-staaten-16420796.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2) (25.9.2020).
- 30) Kosovos Regierung durch Misstrauensantrag gestürzt, <https://www.dw.com/de/trichter-stoppen-regierungsbildung-im-kosovo/a-53310120> (12.2.2021).
- 31) Kosovos Parlament bestätigt linke Reformregierung von Kurti, <https://www.derstandard.de/story/2000125270422/kosovos-parlament-bestaetigt-linke-reformregierung-von-kurti> (23.2.2021).
- 32) Beispielfaßhaft: Wolfgang Seibel, Hegemoniale Semantiken und radikale Gegennarrative, <https://www.excl16.uni-konstanz.de/fileadmin/all/downloads/veranstaltungen2009/Seibel-Heg-Semantiken-090122.pdf> (25.11.2020).
- 33) Vgl. Phillip Hammak/Andre Pilecki, Narrative as a Root of Metaphor for Political Psychology, <https://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.924.3525&rep=rep1&type=pdf> (25.9.2020).
- 34) Francesca Polletta, Contending Stories: Narrative in Social Movements, *Qualitative Sociology*, Vol. 21, No. 4, 1998 [http://www.socsci.uci.edu/~polletta/Articles%20and%20Book%20Chapters\\_files/1998%20contending%20stories,%20qualitative%20sociology.pdf](http://www.socsci.uci.edu/~polletta/Articles%20and%20Book%20Chapters_files/1998%20contending%20stories,%20qualitative%20sociology.pdf), S.422 (25.9.2020).
- 35) „The Republic of Kosovo shall have no territorial claims against, and shall seek no union with, any State or part of any State.“ [https://www.ecoi.net/en/file/local/1182051/1504\\_1261396269\\_constitution.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/1182051/1504_1261396269_constitution.pdf) (25.9.2020).
- 36) Oliver Jens Schmitt, a.a.O., S.369.
- 37) Vgl. Rexhep Qosja, Strategjia e Bashkimit Kombetar (Strategie der nationalen Vereinigung], Prishtina 1992.
- 38) Peter Schubert, Zündstoff im Konfliktfeld des Balkan, a.a.O., S.35/36.
- 39) Albanian-American newspaper Illyria, 3 February 1993, S.5.
- 40) Jens Reuter, Der Traum vom Grossalbanien, <https://folio.nzz.ch/1999/juni/der-traum-vom-grossalbanien> (25.9.2020).
- 41) Vgl. Peter Schubert, a.a.O., S.41.
- 42) Vgl. Hans Krech (Hrsg.) Der Bürgerkrieg in Albanien 1997, Berlin 2000.
- 43) Vgl. Valbona Myteveli, a.a.O., S.180.
- 44) Vgl. Ulrich Ladurner, Hallo Nachbar, [https://www.zeit.de/2000/14/200014.grossalbanien\\_xml/komplettsicht](https://www.zeit.de/2000/14/200014.grossalbanien_xml/komplettsicht) (25.9.2020); Valbona Myteveli, a.a.O., S.178.
- 45) Vgl. Peter Schubert, a.a.O., S.60.
- 46) Vgl. Das Projekt Großalbanien, <https://www.faz.net/aktuell/sport/sportpolitik/hintergrund-der-skandalflagge-das-projekt-grossalbanien-13209960.html>, (25.9.2020); Steffen Honig, Sehnsucht nach Großalbanien, [https://www.volksstimme.de/nachrichten/deutschland\\_und\\_welt/meinung\\_und\\_debatte/558352\\_Sehnsucht-nach-Grossalbanien.html](https://www.volksstimme.de/nachrichten/deutschland_und_welt/meinung_und_debatte/558352_Sehnsucht-nach-Grossalbanien.html), (25.9.2020).
- 47) Vgl. Adem Demaçi - 1991, Kosovo, <https://www.europarl.europa.eu/sakharovprize/de/adem-demaci-1991-kosovo/products-details/20200330CAN54166>, (25.9.2020).
- 48) Zum Preševo-Tal gehören die Städte Preševo, Bujanovac und Medveđa.
- 49) Vgl. Dušan Janjić, Challenges of the Peace Process in the South of Serbia, [https://www.bundesheer.at/pdf\\_pool/publikationen/10\\_wg\\_intpeaceplan\\_60.pdf](https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/10_wg_intpeaceplan_60.pdf) S.58. (25.9.2020). Zur Vertiefung der Preševo-Problematik vgl. Beata Huszka, The Preševo Valley of Southern Serbia alongside Kosovo - The Case for Decentralisation and Minority Protection. In: Centre for European Policy Studies - Policy brief, 2007, No. 120; International Crisis Group/ICG). Peace in Preševo. Quick Fix or Long Term Solution ? In: ICG Balkans Report 2001, No. 116; ICG, Serbia - Maintaining Peace in the Preševo Valley. In Europe Report 2007, No.186.
- 50) Ebenda.
- 51) Ebenda.
- 52) Vgl. Nikolaos Arvanitis, Balkanski čvor /Balkanischer Knoten Belgrad ANDA 2002, S.59.
- 53) Zur UÇK - Historie vgl. Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, S.21-44; Wieland Schneider, „Kosovo/Kosova in der albanisch-serbischen und der internationalen Auseinandersetzung“, Diplomarbeit, <https://core.ac.uk/download/pdf/11582315.pdf>, S.54-65. (25.9.2020).
- 54) Oliver Jens Schmitt, a.a.O., S.343.
- 55) Vgl. Dušan Janjić, a.a.O., S.60.
- 56) Vgl. ICG-Balkans Report 2001, S.17.
- 57) Vgl. Wolf Oshlies, Süd-Serbiens Presevo-Tal, interethnischer Brennpunkt oder regionales Befriedigungsmodell? SWP-Studie S.27, Berlin September 2001, S.7.
- 58) Vom 21.11. bis 20.1.2012 kam es zu einem neueren ethnisch-politischen Konflikt in der Stadt Preševo. Streitgegenstand war die Errichtung eines fragwürdigen Denkmals zu Ehren der gefallenen Soldaten der UÇMPB, das am 20. Januar durch serbische Sicherheitskräfte entfernt

wurde. Das für Serbien provokante Denkmal sollte erneut die internationale Aufmerksamkeit auf den Status der albanischen Minderheit in Südserbien lenken.

59) Namensänderung in Nordmazedonien im Februar 2019. Zur Vertiefung der Problematik, vgl. Pan-Albanianism. How Big a Threat to Balkan Stability? In: ICG Europe Report 2004, No 153, S.7-10 und S.17-19; Stephan Hensell, Modernisierung und Gewalt in Mazedonien, <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/jakobeit/forschung/akuf/archiv/arbeitspapiere/mazedonien-hensell-2002.pdf> (25.9.2020); Ulrich Büchsenschütz, Die Mazedonien-Krise. Bonn 2002; Alice Ackermann, Auf des Messers Schneide - Mazedonien zehn Jahre nach der Unabhängigkeit, <https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/01/Ackermann.pdf> (25.9.2020).

60) Peter Schubert, Der albanische Faktor nach dem Kosovo-Krieg, in: WeltTrends Nr. 32/ 2001, S.41.

61) Nach offiziellen mazedonischen Zahlen aus 2002: 25,2%. Die Albaner dort beziffern ihre Ethnie weit größer.

62) Vgl. Stefan Troebst, „Groß-Kosovo!“ [https://www.bundesheer.at/pdf\\_pool/publikationen/03\\_jb01\\_19\\_tro.pdf](https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/03_jb01_19_tro.pdf) S.78, (25.9.2020).

63) Vgl. Friedrich Ebert Stiftung, Power Sharing and the Implementation of the Ohrid Framework Agreement, [https://web.archive.org/web/20160823161129/http://www.fes.org.mk/pdf/OFA\\_english.pdf](https://web.archive.org/web/20160823161129/http://www.fes.org.mk/pdf/OFA_english.pdf) (25.9.2020).

64) Vgl. ICG 2004, Europe Report 2004, No 153, S.7-10.

65) Vgl. Ebenda, S.10.

66) Christoph Hofstätter/ Marko Stanković, Die Verfassung der Republik Serbien, <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0030-6444-2016-3-272.pdf> (25.9.2020).

67) Der Terminus „Gebietsaustausch“ wird von der serbischen Seite weniger verwendet, da mit diesem Begriff eine Anerkennung des Kosovo als unabhängiger Staat assoziiert wird. Stattdessen wird eher von einer „Korrektur“ oder „Modifikation“ gesprochen.

68) West Side Story, [https://www.ceas-serbia.org/images/2018/CEAS\\_Study\\_West\\_Side\\_Story.pdf](https://www.ceas-serbia.org/images/2018/CEAS_Study_West_Side_Story.pdf), (25.9.2020).

69) Die nahezu serbisch besiedelten Gemeinden Nord-Mitrovica, Zvečan, Zubin Potok und Leposavič.

70) Die vorwiegend albanisch besiedelten Gemeinden Preševo, Medvedja und Bujanovac.

71) Dobrica Ćosić, Kosovo, Belgrad Novosti 2004.

72) West Side Story, S.1.

73) Ebenda.

74) Vgl. Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels, (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2018. Baden-Baden 2018, S. 386. Die Idee eines Gebietsaustauschs soll bereits 2016 Präsident Aleksandar Vučić und dem albanischen Premierminister Edi Rama vorgeschlagen haben. Vgl. Doris Akrap, Normalisierung? Der von der EU geführte Dialogprozess zwischen Serbien und Kosovo, <https://www.boell.de/de/2019/03/27/normalisierung-der-von-der-eu-gefuehrte-dialogprozess-zwischen-serbien-und-kosovo>, (25.9.2020).

75) Vgl. Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels, ebenda.

76) Vgl. Kai Küstner, Neue Grenzen auf dem Balkan? <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-kommission-balkan-101.html>, (25.9.2020).

77) Zündeln auf dem Balkan, in: Der Spiegel Nr. 13/23.3.2019, S.86-87.

78) Doris Akrap, ebenda.

79) Vgl. Die Morina, Thousands in Kosovo Protest Against 'Border Correction' Proposals, <https://balkaninsight.com/2018/09/29/thousands-citizens-protest-against-kosovo-president-09-29-2018/>, (25.9.2020).

80) Vgl. Jan Puhl/Keno Verseck, „Serben und Kosovaren trennt ein ganzer Fluss aus Blut“, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/serbien-muss-das-kosovo-endlich-erkennen-hashim-thaci-im-interview-a-1265179.html>, (25.9.2020).

81) Wolf Oschlies, „Groß“-Staaten auf dem Balkan, SWP- Studie S. 30, Berlin, September 2002, S.5.

82) Vgl. Ju. V. Morozov et al. (Hrsg.), Balkany segodnja i zavtra/Der Balkan heute und morgen, Moskau 2001.

83) Vgl. Wulf Lapins/Enes Velija, „Großserbien“ in Geschichte und Gegenwart. Historische Konzepte und aktuelle Politik, in: WeltTrends Nr. 173/2021, S.13-18.

84) Bernd Riegert, EU will den Westbalkan bei Laune halten, <https://www.dw.com/de/eu-will-den-westbalkan-bei-laune-halten/a-53337178> (11.12.2020).

85) Ebenda.

86) Spiegel- Gespräch, in: Der Spiegel Nr. 40/2020, S.112.

87) „Narrative sind eine Machtquelle, weil sie Grenzen des Vorstellbaren und des Machbaren setzen“. Clive Hamilton/Mareike Ohlberg. Die

Lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet. München 2020, S.182.

88) Wolfgang Peischel, Ein Erklärungsansatz für die fehlende Reichweite europäischen strategischen Denkens, in: Derselbe (Hrsg.) Wiener Strategie-Konferenz 2018, Berlin, S.96.



**Prof. Dr. Prof. hc. mult.  
Wulf-W. Lapins**

Seit Juni 2019 Senior Research Fellow des WeltTrends Instituts für Internationale Politik in Potsdam. Von 1992 bis Mai 2019 sozioökonomische und außenpolitische Politikberatung vor Ort in den Baltischen Staaten, in Belarus, der Ukraine, im Südkaukasus, in Zentralasien, auf dem Westbalkan und von Februar 2020 bis Februar 2021 Projektsteuerung gesellschaftspolitischer Beratungen in Indien - bedingt durch die COVID 19 -Pandemie aus dem Home Office. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Sicherheitspolitik und Konfliktforschung.



**Enes Velija**

Geb. 1989; 2020 Masterstudium der Politikwissenschaften (M.A., Universität Bremen); Forschungsaufenthalte im Kosovo und in Albanien.